



Niederschrift

über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates

Datum: 9. Mai 2023
Uhrzeit: 19:30 Uhr - 22:30 Uhr
Ort: Sitzungssaal im Rathaus
Schriftführer/in: Sandra Greschner

Teilnehmer:

Gemeinderätin	Bals Katharina
Gemeinderat	Baur Anton
Gemeinderat	Dr. Engelschall Bernhard
Gemeinderat	Herbig Sebastian
Gemeinderätin	Kische Angelika
Gemeinderat	Muschaweck Benedikt
Gemeinderat	Ruile Johannes
Gemeinderat	Ruile Tobias
Gemeinderat	Schlierf Hanns-Dieter
Gemeinderat	Sieber Martin
Gemeinderat	Sießmeir Bernhard
Gemeinderätin	Tallafuß Gabriele
Erster Bürgermeister	Holzer Ferdinand
Zweiter Bürgermeister	Bucher Michael

Entschuldigt:

Gemeinderat	Sießmeir Manfred
-------------	------------------

Sonstige Anwesende:

Referentin	Geirhos Maria	Landratsamt Landsberg am Lech
Referentin	Driendl Cordula	Katzen ohne Heimat e.V.
Kämmerer	Dietrich Peter	Gemeinde Egling a.d.Paar
Bauhofleiter	Weißburger Michael	Gemeinde Egling a.d.Paar

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
------------	---

1. **Begrüßung**
2. **Genehmigung der öffentlichen Sitzungsprotokolle**
3. **Bekanntgaben aus den nichtöffentlichen Sitzungen**
4. **Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung durch Frau Geirhos vom Amt für Jugend, Familie, Soziales und Bildung des Landratsamtes Landsberg am Lech**
5. **Teilnahme der Gemeinde Egling a.d.Paar an der Verordnung des Landratsamtes Landsberg am Lech zum Schutz freilebender Katzen (Katzenschutzverordnung - KatzenschutzVO)**
6. **5. Änderung des Bebauungsplanes "Auwiesen - TG Lerchenweg II"; Abwägungsbeschluss**
7. **5. Änderung des Bebauungsplanes "Auwiesen - TG Lerchenweg II"; Satzungsbeschluss**
8. **Gemeinde Egling a.d.Paar, Hauptstraße 31, 86492 Egling a.d.Paar; Richtlinie zur Durchführung der Bürgerfragestunde in den Gemeinderatssitzungen**
9. **Gemeinde Egling a.d.Paar, Hauptstraße 31, 86492 Egling a.d.Paar; Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates (GeschO) - Ergänzung des § 22 (Bürgerfragen)**
10. **Gemeinde Egling a.d.Paar, Hauptstraße 31, 86492 Egling a.d.Paar; Neue Pumpstation - Auftragsvergabe Tiefbau**
11. **Bauherrenvereinbarung zwischen Schützengesellschaft "Edelweiß" Egling e.V. und Gemeinde Egling a.d.Paar**
12. **Anfragen und Bekanntgaben**

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

1.	Begrüßung
-----------	------------------

Sachverhalt:

Herr Bürgermeister Holzer begrüßt die anwesenden Gemeinderäte sowie die anwesende Bürgerschaft. Des Weiteren Frau Geirhos vom Amt für Jugend, Familie, Soziales und Bildung des Landratsamtes Landsberg am Lech (Referentin zu TOP Nr. 4) und Frau Driendl von Katzen ohne Heimat e.V. (Referentin zu TOP Nr. 5).

2.	Genehmigung der öffentlichen Sitzungsprotokolle
-----------	--

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Protokoll der letzten öffentlichen Sitzung Nr. 202304 zu.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

3.	Bekanntgaben aus den nichtöffentlichen Sitzungen
-----------	---

Sachverhalt:

Es sind einige Bekanntgaben aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung zu tätigen. Da diese aber grundsätzlich in den öffentlichen Teil gehört hätten, werden diese Themen im letzten TOP der öffentlichen Sitzung behandelt.

4.	Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung durch Frau Geirhos vom Amt für Jugend, Familie, Soziales und Bildung des Landratsamtes Landsberg am Lech
-----------	--

Sachverhalt:

Frau Geirhos stellt dem Gremium die aktuelle Kindergartenbedarfsplanung des Landkreises Landsberg am Lech für Egling a.d.Paar vor. Im Ergebnis sieht die Planung fehlende Plätze im Krippenbereich. Im Bereich des Kindergartens sind noch Kapazitäten frei. Ferner erläutert sie den Unterschied zwischen Anstellungs- und Personal-Kind-Schlüssel. Das Gemeinderatsgremium nutzt die Gelegenheit, um aktuelle Fragen rund um das Thema „Kindertagesstätten“ qualifiziert beantwortet zu wissen.

5.	Teilnahme der Gemeinde Egling a.d.Paar an der Verordnung des Landratsamtes Landsberg am Lech zum Schutz freilebender Katzen (Katzenschutzverordnung - KatzenschutzVO)
-----------	--

Sachverhalt:

Frau Driendl von Katzen ohne Heimat e.V. in Kissing referiert über die Notwendigkeit einer Katzenschutzverordnung. Der Verein kümmert sich um sämtliche Belange wie z.B. wer macht den Katzenhalter ausfindig, wer bezahlt Chippen und Kastration, usw.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Katzenschutzverordnung des Landkreises Landsberg am Lech im gesamten Gemeindegebiet anzuwenden.

Abstimmungsergebnis: 8 : 6

6.	5. Änderung des Bebauungsplanes "Auwiesen - TG Lerchenweg II"; Abwägungsbeschluss
----	--

Sachverhalt:

Von folgenden Behörden, sonstigen Trägern öffentlicher Belange und Nachbargemeinden ging im Rahmen der Beteiligung keine Stellungnahme ein:

- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landsberg am Lech
- Bayerischer Bauernverband, Landsberg am Lech
- Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern
- Gemeinde Steindorf

Von folgenden Behörden, sonstigen Trägern öffentlicher Belange und Nachbargemeinden ging im Rahmen der Beteiligung eine Stellungnahme ein, es wurden jedoch keine Anregungen oder Hinweise vorgebracht:

- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Fürstenfeldbruck
- Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
- Kreisheimatpflegerin, Dr. Heide Weisshaar-Kiem
- Landratsamt Landsberg am Lech, Untere Naturschutzbehörde
- Regierung von Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde
- Staatliches Bauamt Weilheim
- Handwerkskammer für München und Oberbayern
- Regionaler Planungsverband München
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
- Gemeinde Prittriching
- Gemeinde Schmiechen
- Gemeinde Moorenweis

Folgende Anregungen und Hinweise wurden im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden vorgebracht:

1. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Textauszug des Schreibens vom 09.03.2023 (Az.: P-2023-1166-1_S2)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Planung und bitten Sie, bei künftigen Schriftwechseln in dieser Sache, neben dem Betreff auch unser Sachgebiet (B Q) und unser Aktenzeichen anzugeben. Zur vorgelegten Planung nimmt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege, als Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung:

Bodendenkmalpflegerische Belange:

In unmittelbarer Nähe zu oben genanntem Planungsgebiet befinden sich folgende Bodendenkmäler:

D-1-7831-0012, Straße der römischen Kaiserzeit (Teilstück der Trasse Augsburg- Brenner). In der Nähe von Römerstraßen finden sich regelhaft Materialentnahmegruben für den Bau der Straße und für die ständig notwendigen Ausbesserungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in römischer Zeit. Diese Materialentnahmegruben enthalten häufig umfangreiches Fundmaterial aus der Zeit der Nutzung während der Römischen Kaiserzeit. Entlang von Römerstraßen finden sich weiterhin

Siedlungen (sog. vici), Gutshöfe (villae rusticae) oder Straßenstationen (sog. mansiones) aus der Römischen Kaiserzeit und der nachfolgenden Epoche, da diese Straßen oft bis ins Frühe Mittelalter oder noch länger genutzt wurden. Deshalb sind im Planungsbereich weitere Bodendenkmäler zu vermuten.

Im Bereich von Bodendenkmälern sowie in Bereichen, wo Bodendenkmäler zu vermuten sind, bedürfen gemäß Art. 7 Abs. 1 BayDSchG Bodeneingriffe aller Art einer denkmalrechtlichen Erlaubnis. Wir bitten Sie deshalb, folgenden Text in die textlichen Hinweise auf dem Lageplan und ggf. in den Umweltbericht zu übernehmen:

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. 1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wird in diesem Verfahren gegebenenfalls die fachlichen Anforderungen formulieren.

Im Falle der Denkmalvermutung wird im Rahmen des Erlaubnisverfahrens nach Art. 7 Abs. 1 BayDSchG die archäologisch qualifizierte Voruntersuchung bzw. die qualifizierte Beobachtung des Oberbodenabtrags bei privaten Vorhabenträgern, die die Voraussetzungen des § 13 BGB (Verbrauchereigenschaft) erfüllen, sowie Kommunen soweit möglich durch Personal des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege begleitet; in den übrigen Fällen beauftragt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege auf eigene Kosten eine private Grabungsfirma. In Abstimmung kann auch eine fachlich besetzte Untere Denkmalschutzbehörde (Kreis- und Stadtarchäologie) tätig werden. Informationen hierzu finden Sie unter:

https://www.blfd.bayern.de/mam/information_und_service/publikationen/denkmalpflege-themen_denkmalvermutung-bodendenkmalpflege_2016.pdf Wir weisen darauf hin, dass die erforderlichen Maßnahmen abhängig von Art und Umfang der erhaltenen Bodendenkmäler einen größeren Umfang annehmen können und rechtzeitig geplant werden müssen. Sollte die archäologische Ausgrabung als Ersatz für die Erhaltung eines Bodendenkmals notwendig sein, sind hierbei auch Vor- und Nachbereitung der Ausgrabung zu berücksichtigen (u.a. Durchführungskonzept, Konservierung und Verbleib der Funde). Bei der Verwirklichung von Bebauungsplänen soll grundsätzlich vor der Parzellierung die gesamte Planungsfläche archäologisch qualifiziert untersucht werden, um die Kosten für den einzelnen Bauwerber zu reduzieren (vgl. BayVG, Urteil v. 4. Juni 2003, Az.: 26 B 00.3684, EzD 2.3.5 Nr. 3 / Denkmalpflege Informationen des BLfD 2004/I (B 127), 68 ff. [mit Anm. W. K. Göhner]; BayVG München, Urteil v. 14. September 2000, Az.: M 29 K 00838, EzD 2.3.5 Nr. 2).

Als Alternative zur archäologischen Ausgrabung kann in bestimmten Fällen eine Konservatorische Überdeckung der Bodendenkmäler in Betracht gezogen werden. Eine Konservatorische Überdeckung ist oberhalb des Befundhorizontes und nur nach Abstimmung mit dem BLfD zu realisieren (z.B. auf Humus oder kolluvialer Überdeckung). Vgl. zur Anwendung, Ausführung und Dokumentation einer Konservatorischen Überdeckung

https://www.blfd.bayern.de/mam/information_und_service/fachanwender/konservatorische_ueberdeckung_bodendenkmaeler_2020.pdf. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege berät in Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde bei der Prüfung alternativer Planungen unter denkmalfachlichen Gesichtspunkten.

Fachliche Hinweise zur Abstimmung kommunaler Planungen mit Belangen der Bodendenkmalpflege entnehmen Sie auch bitte der Broschüre „Bodendenkmäler in Bayern. Hinweise für die kommunale Bauleitplanung“

(https://www.blfd.bayern.de/mam/abteilungen_und_aufgaben/bodendenkmalpflege/kommunale_bauleitplanung/2018_broschuere_kommunale-bauleitplanung.pdf)

Die mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern abgestimmte Rechtsauffassung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege zur Überplanung von (Boden-) Denkmälern entnehmen Sie bitte dem Vollzugsschreiben des StMBW vom 09.03.2016

(https://www.blfd.bayern.de/mam/information_und_service/fachanwender/vollzugsschreiben_bodendenkmal_09_03_2016.pdf) sowie unserer Homepage

https://www.blfd.bayern.de/mam/information_und_service/fachanwender/rechtliche_grundlagen_überplanung_bodendenkmaeler.pdf (Rechtliche Grundlagen bei der Überplanung von Bodendenkmälern).

In Umsetzung der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshof (Entscheidung vom 22. Juli 2008, Az.: Vf. 11-VII-07, juris / NVwZ 2008, 1234-1236 [bestätigt durch die nachgehenden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2008, Az.: 1 BvR 2296/08 & 1 BvR 2351/08, n. v.]) wird dringend angeregt, aus städtebaulichen Gründen geeignete Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB (z. B. nach Nummern 2, 9, 10, 11, 15, 20 [Bodendenkmal als „Archiv des Bodens“]) vorzunehmen.

Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält dieses Schreiben per E-Mail mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalspflege oder Bodendenkmalspflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalspflege (www.blfd.bayern.de).

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Die Ausführungen zum bekannten Bodendenkmal werden zur Kenntnis genommen. Der unter Ziffer 4.1 des Textteils bereits enthaltene textliche Hinweis zum Denkmalschutz wird in Anlehnung an den Formulierungsvorschlag des Bayerischen Landesamtes für Denkmalspflege redaktionell angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

2. Landratsamt Landsberg am Lech, Untere Bauaufsichtsbehörde **Textauszug der E-Mail vom 22.03.2023**

Sehr geehrter Herr Grahammer,

mit der vorgenannten Bebauungsplanänderung besteht aus Sicht des Landratsamts als untere Bauaufsichtsbehörde grundsätzlich Einverständnis. Zum Entwurf selbst geben wir folgende Anregungen und Hinweise:

Zur Vermeidung von Unstimmigkeiten bei der Planung und im Vollzug empfehlen wir in der Planzeichnung (Nutzungsschablone für die Fl.Nr. 665/5) bei den Dachformen und Dachneigungen den jeweiligen Gebäudetyp (A/B) zu ergänzen, so wie dies auch für die Wand- und Firsthöhen aufgeführt ist.

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Zur Konkretisierung für den Vollzug wird die Nutzungsschablone für die Fl.Nr. 665/5 in der Planzeichnung gemäß der Anregung der unteren Bauaufsichtsbehörde redaktionell ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

3. Landratsamt Landsberg am Lech, Straßenbaulastträger Kreisstraßen Textauszug des Schreibens vom 14.04.2023 (Az.: 631-22)

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzverordnungen)	
<input checked="" type="checkbox"/>	Einwendungen Die erforderlichen Sichtdreiecke für die Einmündung des Lerchenweges und der Zufahrt zur Fl.Nr.664/15 in die Kreisstraße LL 11 sind nicht eingetragen
<input checked="" type="checkbox"/>	Rechtsgrundlagen BayStrWG
<input checked="" type="checkbox"/>	Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen) Eintragung im Plan- und Textteil: Im Bereich der Sichtfelder von 70 m in beide Fahrtrichtungen bei einem Abstand von 3 m zum Fahrbahnrand der Kreisstraße darf die Höhe der Einfriedung und der Bepflanzung die Fahrbahnoberkante des angrenzenden Fahrbahnrandes um nicht mehr als 0,80 m überragen. Ebenso wenig dürfen dort genehmigungs- und anzeigefreie Bauten oder Stellplätze errichtet und Gegenstände gelagert oder hingestellt werden, die diese Höhe überschreiten.

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Die Ausführungen der Tiefbauverwaltung werden zur Kenntnis genommen und im Zuge der Umsetzung der Planung entsprechend berücksichtigt. In der Planzeichnung und im Textteil zur vorliegenden Änderungsplanung werden in Anlehnung an die Anmerkungen der Tiefbauverwaltung zeichnerische und textliche Eintragungen zu den einzuhaltenden Sichtdreiecken redaktionell ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

4. Landratsamt Landsberg am Lech, Untere Immissionsschutzbehörde Textauszug des Schreibens vom 13.03.2023 (Az.:1711.4/200-18/41.4)

Aus fachlicher Sicht sollte die Nr. 4.5 (Wärmepumpen) der textlichen Hinweise wie folgt geändert werden:

Bei der Aufstellung von Wärmepumpen im Freien ist sicherzustellen, dass die durch die Wärmepumpe verursachte Zusatzbelastung am nächstgelegenen Immissionsort in der Nachbarschaft den jeweiligen Immissions-Richtwert der TA Lärm für die Nachtzeit um mindestens 6 dB(A) unterschreitet (= 34 dB(A) in einem WA und 39 dB(A) in einem MI/MD). Damit soll gewährleistet werden, dass der Immissionsrichtwert, insbesondere wegen der Lärmvorbelastung durch die bestehende Biogasanlage, in der Summe durch die Geräusche aller Anlagen nicht überschritten wird. Bei der Prüfung sind ggf. auch Zuschläge für die Tonhaltigkeit und Reflexionen an Fassaden zu berücksichtigen.

Hinweise zu den erforderlichen Mindestabständen und weitergehende Informationen können den folgenden Merkblättern entnommen werden:

- LfU-Merkblatt:

<https://bit.ly/37VSKIL>

- LAI-Merkblatt:

https://www.laiimmissionsschutz.de/documents/leitfaden_verbesserung_schutz_gegen_laerm_bei_stat_geraete_1588594414.pdf

Zur Vermeidung von Lärmkonflikten sollte der Bauherr vor dem Kauf der Wärmepumpe von einem unabhängigen Sachverständigen eine detaillierte Prognose der Lärmimmissionen erstellen lassen.

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Der unter Ziffer 4.5 des Textteils bereits enthaltene textliche Hinweis zu Wärmepumpen wird in Anlehnung an den Formulierungsvorschlag der Unteren Immissionsschutzbehörde redaktionell angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

5. Landratsamt Landsberg am Lech, Untere Abfall/Bodenschutzbehörde
Textauszug des Schreibens vom 09.03.2023 (Az.: 1783.4/94-18/41.6)

Laut aktueller Datenlage des Altlasten-, Bodenschutz-, und Deponieinformationssystems (ABuDIS) für den Landkreis Landsberg am Lech sind keine gefahrenverdächtigen Flächen mit erheblichen Bodenbelastungen oder sonstigen Gefahrenpotentialen bekannt, die in negativer Weise auf die Wirkungsbereiche Boden – Mensch und Boden – Grundwasser in den Geltungsbereichen der o.g. Bebauungsplanänderung einwirken können. Sollten derartige Erkenntnisse beim Planungsträger vorhanden sein, die sich z.B. aus einer gewerblichen Vornutzung des Geländes oder aus Bodenauffüllungen ableiten lassen oder Auffälligkeiten der Bodenbeschaffenheit im Zuge der Baumaßnahmen oder Nutzung bekannt werden, so sind diese gemäß § 9 Abs.5 Nr. 3 BauGB zu berücksichtigen. In diesem Fall ist die untere Abfall-/Bodenschutzbehörde gemäß § 47 Abs. 3 KrWG und Art. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. Art 12 BayBodSchG zu informieren. Die weiteren Maßnahmen wie Aushubüberwachung nach § 51 Abs. 1 Nrn. 1 u. 2 KrWG und Art. 26 BayAbfG i. V. m. § 10 Abs. 2 Nrn. 5 - 8 KrWG, die Abstimmung von Verwertungs- und Entsorgungsmaßnahmen nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 Nachweisverordnung und ggfs. nachfolgende Beweissicherungsuntersuchungen nach 10 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 4 Abs. 2 BBodSchG sind mit der unteren Abfall-/Bodenschutzbehörde abzustimmen.

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Die Ausführungen und Empfehlungen zu Altlasten und dem möglichen Auftreten von Auffälligkeiten der Bodenbeschaffenheit im Zuge der Baumaßnahmen werden zur Kenntnis genommen. In der Begründung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes ist hierzu bereits ein entsprechender Hinweis enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

6. LEW Verteilnetz GmbH (LVN)
Textauszug der E-Mail vom 04.04.2023

*Sehr geehrter Herr Grahammer,
vielen Dank, dass Sie uns über die Planungen informiert haben.
Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen unsererseits keine Einwände, wenn weiterhin der Bestand unserer Betriebsmittel zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung gewährleistet ist und nachstehende Belange berücksichtigt werden.*

Bestehende 1-kV-Kabelleitungen

Vorsorglich weisen wir auf die verlaufenden 1-kV-Kabelleitungen unserer Gesellschaft im Geltungsbereich hin. Der Verlauf dieser Kabelleitungen kann dem beiliegenden Kabellageplan entnommen werden.

Der Schutzbereich sämtlicher Kabelleitungen beträgt 1,00 m beiderseits der Trassen und ist von einer Bebauung sowie tiefwurzelnden Bepflanzungen freizuhalten. Wir bitten um Beachtung des beigelegten Kabelmerkblattes „Merkblatt zum Schutz erdverlegter Kabel“.

Allgemeiner Hinweis

Bei jeder Annäherung an unsere Versorgungseinrichtungen sind wegen der damit verbundenen Lebensgefahr die Unfallverhütungsvorschriften für elektrische Anlagen und Betriebsmittel DGUV (BGV A3) der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro einzuhalten.

Vor Beginn der Grabarbeiten muss durch die Baufirma eine entsprechende Kabelauskunft eingeholt werden. Wir bitten zu gegebener Zeit mit unserer Betriebsstelle Königsbrunn Kontakt aufzunehmen.

Betriebsstelle Königsbrunn

Nibelungenstraße 16

86343 Königsbrunn

Ansprechpartner: Betriebsstellenleiter Herr Florian Frank

Tel.: 08231-6039-11

E-Mail: florian.frank@lew-verteilnetz.de

Eine detaillierte Kabelauskunft kann auch online unter <https://geoportal.lvn.de/apak/> abgerufen werden.

Unter der Voraussetzung, dass die genannten Punkte berücksichtigt werden, sind wir mit der Aufstellung des Bebauungsplanes einverstanden.

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Die Hinweise der LEW Verteilnetz GmbH zu den bestehenden Kabelleitungen im Planbereich werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der nachfolgenden Objektplanung entsprechend berücksichtigt. In der Begründung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes wird hierzu ein entsprechender Hinweis nachrichtlich übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

7. Wasserwirtschaftsamt Weilheim

Textauszug des Schreibens vom 08.03.2023 (Az.: 1-4622-LL116-6261/2023)

1. Fachliche Hinweise und Empfehlungen

1.1 Überflutungen durch wild abfließendes Wasser infolge von Starkregen

Durch Starkregenereignisse kann es auch fernab von Gewässern zu Überflutungen kommen.

Dem Wasserwirtschaftsamt liegen keine Erkenntnisse zu früheren Starkregenereignissen vor. Die Hinweise im Textteil unter 4.3 werden ausdrücklich begrüßt.

Die Gemeinde kann ggf. weitere Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 Buchst. c und d BauGB treffen, um die Schäden durch Überflutungen infolge von Starkregen zu minimieren.

Vorschlag für Festsetzungen

„Die Rohfußbodenoberkante des Erdgeschosses der Gebäude wird mindestens 25 cm über Fahrbahnoberkante/ über Gelände festgesetzt.“ (Hinweis: Dazu sollte die Gemeinde möglichst Kote(n) im Plan und Bezugshöhen angeben. Der konkreten Straßen- und Entwässerungsplanung ist hierbei Gewicht beizumessen).

1.2 Grundwasser

Uns liegen keine Grundwasserstandsbeobachtungen im Planungsgebiet vor. Die Hinweise zu Bauwasserhaltung unter 4.4 des Textteils werden begrüßt.

Vorschlag für Hinweise zum Plan:

„Die Erkundung des Baugrundes einschl. der Grundwasserverhältnisse obliegt grundsätzlich dem jeweiligen Bauherrn, der sein Bauwerk bei Bedarf gegen auftretendes Grund- oder Hang- und Schichtenwasser sichern muss.“

1.3 Altlasten und Bodenschutz

1.3.1 Altlasten und schädliche Bodenveränderungen

Im Bereich des geplanten Bebauungsplanes sind keine Grundstücksflächen im Kataster gem. Art. 3 Bayer. Bodenschutzgesetz (BayBodSchG) aufgeführt, für die ein Verdacht auf Altlasten oder schädliche Bodenveränderungen besteht.

1.4 Wasserversorgung

1.4.1 Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung

Die Gemeinde Egling a.d.Paar bewerkstelligt die öffentliche Wasserversorgung für alle Ortsteile aus dem Brunnen 2 Egling der Wassergewinnungsanlage Obereglinger Holz.

Die wasserrechtliche Bewilligung wurde am 11.09.1998 befristet bis 31.12.2028 erteilt. Die maximale Jahresentnahmemenge wurde seitdem nahezu jedes Jahr teils deutlich überschritten. Das Wasserrecht muss daher dringend angepasst werden.

Das 1999 festgesetzte Wasserschutzgebiet entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen und wird deshalb aktuell überarbeitet.

Zu den Leitungsverlusten liegen keine aktuellen Angaben vor.

Es bestehen wohl ausreichend leistungsstarke Notverbünde mit Schmiechen und der Adelburggruppe. Die Erkundung und Erschließung einer zweiten, redundanten Wassergewinnungsanlage wird weiterhin empfohlen.

Die öffentliche Trinkwasserversorgung ist aufgrund des deutlich zu geringen Wasserrechtes und des nicht vollwirksamen Schutzgebietes derzeit nur eingeschränkt versorgungssicher.

1.5 Niederschlagswasser

Das vorgelegte Konzept zur Niederschlagswasserbeseitigung sieht vor, Niederschlagswasser zu versickern. Eine ausreichende Sickerfähigkeit ist gemäß Teil H der Begründung gegeben. Ein Sickertest oder andere Nachweise liegen uns derzeit nicht vor, eine abschließende Stellungnahme ist daher an dieser Stelle nicht möglich. Wir gehen davon aus, dass die gewonnenen Erkenntnisse aus benachbarten Bauvorhaben für die Planer ausreichend sind um zu dieser Einschätzung zu kommen.

Vorschlag für Festsetzungen

„Bei Stellplätzen, Zufahrten und Zugängen sind für die Oberflächenbefestigung und deren Tragschichten nur Materialien mit einem Abflussbeiwert kleiner oder gleich 0,7 zu verwenden, wie z.B. Pflasterung mit mind. 30 % Fugenanteil, wasser- und luftdurchlässige Betonsteine, Rasengittersteine, Rasenschotter, wassergebundene Decke.“

„Das auf privaten, befestigten Flächen anfallende geringverschmutzte Niederschlagswasser darf nicht der öffentlichen Kanalisation zugeleitet werden. Dies gilt auch für Überläufe von Anlagen zur Regenwassernutzung (bspw. Zisternen) und für sonstige nicht schädlich verunreinigte Tag-, Stau-, Quellwässer sowie Drän- und Sickerwasser jeder Art.“

„Gering verschmutztes Niederschlagswasser von privaten, befestigten Flächen muss auf den Baugrundstücken ordnungsgemäß versickert werden. Die Versickerung soll vorzugsweise breitflächig und über eine mindestens 30 cm mächtige bewachsene Oberbodenzone erfolgen.“

„Unterirdische Versickerungsanlagen, z. B. Rigolen, sind ohne geeignete Vorreinigung nicht zulässig. Sickerschächte sind unzulässig / vorab grundsätzlich technisch zu begründen. Notwendige Versickerungs- und Retentionsräume oder Vorbehandlungsanlagen sind auf den privaten Grundstücken vorzuhalten.“

2. Zusammenfassung

Gegen den Bebauungsplan bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken, wenn obige Ausführungen berücksichtigt werden.

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Die Ausführungen zu den o.g. fachlichen Informationen und Empfehlungen werden im Rahmen der nachfolgenden Planungsschritte (Objektplanung, Baugenehmigungs-/ Genehmigungsfreistellungsverfahren) entsprechend berücksichtigt. Hierzu werden in der Begründung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes, falls noch nicht bereits enthalten, entsprechende Hinweise redaktionell ergänzt. Die Ausführungen zur Wasserversorgung werden zur Kenntnis genommen, betreffen jedoch keine konkreten Regelungsinhalte der vorliegenden Bebauungsplanänderung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

8. Deutsche Telekom Technik GmbH

Textauszug des Schreibens vom 23.03.2023 (Vorgang 2023097)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Durch die o. a. Planung werden die Belange der Telekom zurzeit nicht berührt. Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen. Sollten Sie im Rahmen dieses Verfahrens Lagepläne unserer Telekommunikationsanlagen benötigen, können diese angefordert werden bei:

E-Mail: Planauskunft.Sued@telekom.de

Fax: +49 391 580213737

Telefon: +49 251 788777701

Die Verlegung neuer Telekommunikationslinien zur Versorgung des Planbereichs mit Telekommunikationsinfrastruktur im und außerhalb des Plangebiets bleibt einer Prüfung vorbehalten.

Damit eine koordinierte Erschließung des Gebietes erfolgen kann, sind wir auf Informationen über den Ablauf aller Maßnahmen angewiesen. Bitte setzen Sie sich deshalb so früh wie möglich, jedoch mindestens 4 Monate vor Baubeginn, in Verbindung mit:

Deutsche Telekom Technik GmbH

Technik Niederlassung Süd, PTI 23

Gablinger Straße 2

D-86368 Gersthofen

Diese Adresse bitten wir auch für Anschreiben bezüglich Einladungen zu Spartenterminen zu verwenden.

Entscheidung der Gemeinde Egling a.d.Paar:

Die allgemeinen Hinweise der Deutschen Telekom Technik GmbH zur Telekommunikationsinfrastruktur werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der nachfolgenden Objektplanung von Seiten der künftigen Bauherren entsprechend berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Von der Öffentlichkeit wurden im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB keine Anregungen und Hinweise vorgebracht.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Auwiesen - TG Lerchenweg II“ eingegangenen Stellungnahmen wurden behandelt und abgewogen (siehe Einzelabwägung vom 09.05.2023). Das Ergebnis der Abwägung ist den Betroffenen mitzuteilen.
2. Von der Öffentlichkeit wurden im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB keine Anregungen oder Hinweise vorgebracht.
3. Da die vorgenommenen redaktionellen Änderungen die Grundzüge der Planung nicht berühren, ist kein erneutes Beteiligungsverfahren erforderlich.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

7.	5. Änderung des Bebauungsplanes "Auwiesen - TG Lerchenweg II"; Satzungsbeschluss
----	---

Beschluss:

1. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes „Auwiesen - TG Lerchenweg II“, bestehend aus der Planzeichnung und dem Textteil, jeweils in der Fassung vom 09.05.2023, wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
2. Die Begründung in der Fassung vom 09.05.2023 wird als Bestandteil der 5. Änderung des Bebauungsplanes „Auwiesen - TG Lerchenweg II“ gebilligt.
3. Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

8.	Gemeinde Egling a.d.Paar, Hauptstraße 31, 86492 Egling a.d.Paar; Richtlinie zur Durchführung der Bürgerfragestunde in den Gemeinderatssitzungen
----	--

Sachverhalt:

„Bürgerfragen“ – auch Bürgerfragestunde gemeint – sind eine freiwillige Angelegenheit des Bürgermeisters und fällt in den Geschäftsbereich des Bürgermeisters.
Nachdem Teile des Gemeinderatsgremiums signalisiert haben, mit einer formalen Regelung nicht einverstanden zu sein, zieht Bürgermeister Holzer den TOP zurück.

9.	Gemeinde Egling a.d.Paar, Hauptstraße 31, 86492 Egling a.d.Paar; Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates (GeschO) - Ergänzung des § 22 (Bürgerfragen)
----	--

Sachverhalt:

Der TOP wurde zurückgenommen.

10.	Gemeinde Egling a.d.Paar, Hauptstraße 31, 86492 Egling a.d.Paar; Neue Pumpstation - Auftragsvergabe Tiefbau
-----	--

Sachverhalt:

Nachdem die Gemeinde sehr gute Erfahrungen mit dem Bau der Trinkwassernetzverbünde gemacht haben, wird die notwendige Ertüchtigung der Kläranlage in Eigenregie durchgeführt. Hierfür wird u.a.

- eine neue Pumpstation, Kostenpunkt 132.800,-- € brutto
- Tiefbauarbeiten, Kostenpunkt 112.000,-- € brutto
- ein neuer Schaltschrank Kläranlage, Kostenpunkt 43.000,-- €
- Kabel von Kläranlage zur neuen Pumpstation, Kostenpunkt 11.000,-- €

benötigt. Für die Hydraulik stehen noch Angebote aus.

GR Schlierf möchte protokolliert haben, dass man sich zum Thema „Ausschreibungen“ auch an den kommunalen Dienstleistungsverband wenden könnte. Herr Bürgermeister Holzer entgegnet,

dass das zwar richtig sei, dass dazu aber ein Leistungsverzeichnis erstellt werden müsste, wozu wiederum ein teures Ingenieurbüro beauftragt werden muss. Genau letzteres sollte vermieden werden.

11.	Bauherrenvereinbarung zwischen Schützengesellschaft "Edelweiß" Egling e.V. und Gemeinde Egling a.d.Paar
-----	--

Sachverhalt:

Vom BSSB wird gefordert, dass die Gemeinde mit den Schützen Egling für den geplanten Schützenheimneubau eine Bauherrenvereinbarung abschließt.

Vom Gemeinderatsgremium kommt der deutliche Hinweis, dass Mehrkosten – sei es aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung, oder der aktuellen Baukostenentwicklung – nicht zu Lasten der Gemeinde gehen darf.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorgelegten Entwurf der Bauherrenvereinbarung zu.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

12.	Anfragen und Bekanntgaben
-----	----------------------------------

Sachverhalt:

Änderung von „Sonstiges“ in „Anfragen und Bekanntgaben“:

Es sind Anfragen und Bekanntgaben gestattet. Ein Eintritt in eine Sachdiskussion ist nicht zulässig. Herr Bürgermeister Holzer bittet die Kolleginnen und Kollegen, künftig mehr auf das Thema „Öffentliche / Nichtöffentliche Sitzung“ zu achten.

5370 EÜ km 10,320 über ST2052 in Egling:

Herr Bürgermeister Holzer verliest das Mail von GR Schlierf und den Schriftverkehr bzw. die Antwort des Straßenbauamtes Weilheim. Der Sachverhalt ist – wie schon mit Mail vom 03.04.2023 dargestellt – geklärt. Seitens der Gemeinde erfolgt hier vorerst keine weitere Maßnahme. Es wird geprüft, ob und welche Beschlüsse ggf. noch gefasst werden müssen.

GR Schlierf erklärt, sich zu diesem Thema an die Sendung „Quer“ und den Bund der Steuerzahler zu wenden. Herr Bürgermeister Holzer bittet, dies als Privatperson zu tun und ihn (Bgm. Holzer) auf dem Laufenden zu halten.

Biodiversitätsmaßnahmen:

Herr Bürgermeister Holzer gibt den E-Mailverkehr mit Frau Sedlmaier, Kreisfachberaterin für Gartenkultur und Landespflege des LRA LL, bekannt. Herr Weißenburger stellt die bisherigen Maßnahmen vor.

GR Kische bittet, die Ausführungen von Frau Sedlmaier auf die Tagesordnung einer Sitzung zu setzen. Herr Bürgermeister Holzer sagt dies zu, da sowieso noch kein entsprechender Beschluss gefasst worden ist.

PV-Anlage Neuer Bauhof:

Hinsichtlich der Aussage von GR Schlierf in der letzten Sitzung, muss folgendes klargestellt werden: Nach Rücksprache mit dem beauftragten Unternehmen ist mit den angebotenen Modulen die maximale Leistung von 82 KWp erreicht. Die Dachfläche wird hierbei voll ausgenutzt. Ein jetziger Einbau eines Industriespeichers erscheint nicht sinnvoll. Besser ist es, für mindestens sechs Monate Erfahrungswerte bezüglich dem Energieverbrauch der Kläranlage zu sammeln und auszuwerten. Eine spätere Nachrüstung könnte immer noch erfolgen.

Bauleitplanungsverfahren:

Hinsichtlich der Aussage von GR Schlierf zum Thema „fehlende Rechtskräftigkeit der Flächennutzungsplanänderung“ aufgrund der Nichtbeteiligung des Bund Naturschutzes und des Landesbund für Vogelschutz muss folgendes klargestellt werden: Beide Beteiligten werden nur dann gehört, wenn auch Belange des Natur- und Vogelschutzes betroffen sind. Hier zum Beispiel bei der Gesamtfortschreibung unseres FNP. Sowohl Bund Naturschutz als auch der Landesbund für Vogelschutz können bei den Verfahren nur Empfehlungen aussprechen. Ausschlaggebend sind hier aber die jeweiligen Fachbehörden.

Polizei:

Ein Gespräch zwischen BGM Holzer und Vertretern der Polizei LL hat am 04.05.2023 stattgefunden. Dabei wurden folgende Themen besprochen:

- Föhrenstraße
Parkverbot-Schild weg
gezackte Linie bei Müllner Erich vor Einfahrt Fußweg (5 m-Bereich)
- Schulstraße
Markierung bringt gar nichts
darf trotzdem geparkt werden
Fußgängerüberweg geht nicht, da zu wenig Verkehrsbewegung
verkehrsberuhigte Zone im Bereich „Schule“ ohne weiteres möglich
- Hammerschmiedstraße (Antrag GR Baur)
bringt nichts, hat keinerlei rechtliche Bewandtnis
es wird etwas signalisiert, was eher gefährlich ist
- Tempo 30 im ganzen Ort
ist möglich
es gilt überall Rechts-vor-Links
sämtliche Vorfahrts- usw. – Schilder müssen abgebaut werden
in jeder Staats- und Kreisstraßenein- bzw. ausmündung müssen „Zone 30“-Schilder aufgestellt werden (Beginn und Aufhebung)

Bikepark:

Herr Bürgermeister Holzer verliert den neuesten Schriftverkehr, wonach seitens des WWA WM und des LRA LL noch zahlreiche andere Untersuchungen zu tätigen sind. Eine Folgenutzung ist im Moment noch nicht möglich. Um das weitere Vorgehen abzuklären, wird der TOP in einer der nächsten Sitzungen nochmals behandelt.

Stadtradeln:

Die diesjährige Aktion „Stadtradeln“ findet vom 18.06.-08.07.2023 statt. Der Auftakt führt nach Türkenfeld. Nähere Infos unter www.stadtradeln.de/landkreis-landsberg.

GR Tallafuß:

Frau Tallafuß bittet darum, dass im Gewerbegebiet „In der Au“ eine deutliche Kennzeichnung des Fuß- und Radweges angebracht wird.

Des Weiteren bittet Sie darum, dass die beiden Handläufe an der Ulrichskapelle miteinander verbunden werden.

Auf ihre Frage hinsichtlich der Entfernung des Biberdamms am Dünzelbach gibt Bgm. Holzer den Mailverkehr zwischen der Unteren Naturschutzbehörde des LRA LL und der Gemeinde Egling bekannt.

GR Ruile T.:

Herr Ruile erkundigt sich nach dem derzeitigen Status der Ausfahrt der Biogasanlage Ruile.
Herr Bürgermeister Holzer erklärt, dass diese durch den Gemeinderat genehmigt wurde.

Ferdinand Holzer
Erster Bürgermeister

Sandra Greschner
Schriftführerin